

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig April 2011 Nr. 146

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Die Politik der bürgerlichen Parteien ist eine Gefahr für die Schweiz. Schon seit Jahren kritisiert die GSoA, dass sich sowohl die Behörden wie auch die SVP, FDP, CVP, BDP und teilweise auch die glp einer nüchternen Bedrohungsanalyse verweigern. Noch immer herrscht der Geist des Kalten Krieges. Milliardenbeträge werden für die Vorbereitung einer höchst unrealistischen Abwehrschlacht gegen irgendwelche Panzerarmeen eingesetzt, während die wirklichen Gefahren sträflich vernachlässigt werden. Immer wieder weist die GSoA auf die Bedrohung unseres Landes durch Klimawandel, Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheit, aber auch durch Erdbeben und nukleare Zwischenfälle hin.

Die Schweiz ist die erdbebengefährdetste Region nördlich der Alpen. Dennoch sind wir auf ein solches Ereignis völlig unzureichend vorbereitet. Im Jahr 1356 hat ein Erdstoss von fast 7.0 auf der Richterskala die Stadt Basel komplett zerstört. Gemäss dem Schweizerischen Erdbebendienst tritt ein solches Ereignis statistisch etwa alle 800 Jahre auf. Es könnte also jederzeit wieder geschehen. Man geht davon aus, dass ein solches Erdbeben nicht nur einen grossen Teil der Wohnhäuser und der chemischen Industrie in Basel zerstören würde. Auch die Schweizer AKWs – teilweise vom selben Typ wie diejenigen in Fukushima – wären gefährdet.

Die Gefahr durch Erdbeben und Nuklearkatastrophen ist mehr als nur beunruhigend. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament verweigert jedoch griffige Massnahmen zur Erdbebenprävention und von der nötigen Wende in der Energiepolitik ist wenig zu sehen. Stattdessen will der Nationalrat den Bundesrat zwingen, neue Kampfjets für vier Milliarden Franken zu kaufen. Auch bei der Massenarmee scheuen sich Bundesrat und Parlament die logischste Konsequenz zu ziehen: Die Aufhebung der längst überholten und teuren Wehrpflicht. Für die Bekämpfung realer Gefahren wie der Klimakatastrophe oder für Erdbebenprävention bleibt damit kein Geld übrig.

Wie lässt sich das erklären? Sowohl die Atom- wie auch die Rüstungslobby geben Millionen aus für Parteispenden und «Beratungshonorare» für bürgerliche PolitikerInnen. Kein Wunder, trauen sie sich nicht, die richtigen Fragen zu stellen. Es ist unsere Aufgabe, dieser Politik etwas entgegenzuhalten.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

Abstimmungskampf

Die Waffenschutz-Kampagne in Zahlen

- Das Bündnis für den Schutz vor Waffengewalt umfasste über 100 Organisationen.
- Etwa 100 Sitzungen waren nötig, um die Aktivitäten in allen Regionen des Landes zu organisieren und koordinieren.
- Mindestens genauso viele Veranstaltungen und Aktionen haben wir und andere zur Initiative durchgeführt.
- GSoA-Aktivistinnen und -Aktivisten haben innerhalb von knapp 4 Monaten rund 1'000 Plakate aufgehängt, 40'000 Kleber verbreitet und 200'000 Flyer verteilt.
- Über 30'000 Gratis-Mobilisierungs-SMS wurden verschickt.
- Insgesamt rund 8000 Personen waren Mitglied einer Pro-Waffenschutz-Facebook-Gruppe; gut 2000 von ihnen schmückten ihr Profilbild mit einem Waffenschutz-PicBadge.
- Mehr als ein Dutzend Prominente haben die Initiative öffentlich unterstützt – darunter je ein Ex-Mister (Tim Wieland) und eine Ex-Miss Schweiz (Anita Buri), sowie ein Tatort-Kommissar.
- Die Stimmbeteiligung lag bei 49.18 Prozent. Davon 43,7 Prozent oder 1 083 161 Ja-Stimmen.
- Wir gewannen 5,5 Kantone. Das beste Resultat erzielte die Initiative im Kanton Genf (61%). Auch im Kanton Zürich (50,37%) reichte es ganz knapp.
- Deutlich gewinnen konnten wir hingegen die grossen Städte. In den Zürcher Stadtkreisen 4/5 legten 78,31 Prozent ein Ja ein.

Wir danken euch allen für euer riesiges Engagement in diesem Abstimmungskampf! Der Einsatz so vieler Freiwilliger ist es, der uns hoffen lässt, dass wir die nächste Abstimmung zu diesem Thema gewinnen können (ch).

KAMPFJETS

Letztes Aufbäumen der Kampfjet-Fanatiker

Diskussionen um Kampfjetbeschaffungen waren häufig mehr an Wunschträumen von Militaristen orientiert, als an den realen finanziellen Gegebenheiten.

Von Rahel Ruch

Letzten November hat die GSoA anlässlich einer ausserordentlichen Vollversammlung beschlossen, ihre Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» zurückzuziehen. Gleichzeitig haben wir der Schweizer Bevölkerung ein Versprechen abgegeben: Sollten neue Beschaffungsgelüste auftauchen, werden wir dafür sorgen, dass die StimmbürgerInnen über den Kauf neuer Kampfflugzeuge entscheiden können. Bis anhin hat sich nichts dramatisch verändert – der Kauf ist immer noch auf die lange Bank geschoben.



GSoA-Aktion zur Abstimmung vor dem Bundeshaus

Schon zum Zeitpunkt des Rückzugs wussten wir von einer Motion der fanatischen Kampfjet-Befürworter, welche die Erhöhung des Ausgabenplafonds für die Armee zugunsten eines Kaufs neuer Kampfflugzeuge forderte. Im März dieses Jahres hat der Nationalrat diese Motion nun überwiesen. Vorausgesetzt der Ständerat würde ihr ebenfalls zustimmen, bräuchte es für die Umsetzung eine Revision des Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes, in welchem der Armeeausgabenplafonds festgeschrieben ist. Zudem müsste das Parlament wegen der Schuldenbremse aufzeigen, wo es die mindestens vier zusätzlichen Armee-Milliarden zu sparen gedenkt.

Referendumsfähig

Doch der Nationalrat ist auf das entsprechende Gesetz gar nicht eingetreten und es ist fraglich, ob der Ständerat darauf eintritt. Im unwahrscheinlichen Fall, dass dieses Gesetz tatsächlich verabschiedet würde, könnten wir das Referendum ergreifen. Ein solches Referendum – gegen Sparmassnahmen in allen Bereichen und Mehrausgaben beim Militär – hätte gute Chancen in einer Volksabstimmung.

Klar ist also: Die Möglichkeit, dass der Bundesrat noch dieses Jahr auf seinen Entscheid zurückkommt, den Kampfjet-Kauf auf die lange Bank zu schieben, ist äusserst klein. Sollte es dennoch geschehen, sitzen wir mit der Referendumsmöglichkeit am längeren Hebel.

GSoA-Sekretariat: Es weht ein neuer Wind

(nr) Der Frühling bringt viel Neues – so auch bei der GSoA: Das Zürcher Sekretariat erhält Verstärkung durch Cordula Bieri. Cordula ist seit ein paar Jahren bei den Jungen Grünen aktiv und hat soeben ihr Soziologiestudium abgeschlossen. In Bern werden gleich drei neue Leute auf dem GSoA-Sekretariat arbeiten: Anja Schranz (nicht auf dem Bild) studiert in Basel und Bern Gender und Geschichte. Stefan Dietiker ist ebenfalls Geschichtsstudent und seit mehreren Jahren bei den Jungen Grünen aktiv und Jonas Zürcher, aktives Mitglied bei der Juso, ist gelernter Polymechniker. Wir wünschen den neuen Sekretären und Sekretärinnen einen guten GSoA-Start!



Drei unserer neuen SekretärInnen: Jonas Zürcher, Cordula Bieri und Stefan Dietiker (von links nach rechts)

Liebe Sammlerin, lieber Sammler

Der Winter ist nun definitiv vorbei und die grosse Sammelsaison hat begonnen. Wir sammeln weiter für die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht und brauchen unbedingt deine Unterstützung!

Obwohl unser letzter nationale Sammeltag im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser gefallen ist, haben wir doch einige Unterschriften gesammelt. Daran wollen wir nun mit dir anknüpfen. Es warten diverse Festivals und Openairs auf uns. Melde dich bei deiner Regionalgruppe um dich in den Sammelplan einzutragen. Auf der letzten Seite dieser Zeitung findest du die Regionalgruppe in deiner Nähe. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Sammelsommer!

ROLLE DER ARMEE

Wie sich die Schweiz (ent-)militarisiert

Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee ist seit dem Ende des Kalten Krieges am Sinken. Bis in die Achtziger Jahre sprach man noch von «Totaler Landesverteidigung», heute beklagt sich selbst die Wirtschaft über die Wehrpflicht. Von Ueli Mäder

Vor vier Jahren hielten in der Schweiz noch 61 Prozent der Befragten die Schweizer Armee für notwendig. Das geht aus dem Sicherheitsbericht 2007 der ETH Zürich hervor. Die Armee stehe nicht mehr im Zentrum der Gesellschaft, folgerte Autor Karl Haltiner. Anders äusserte sich der Bundesrat noch im Frühling 1988. Er erinnerte in seiner Botschaft gegen die Initiative zur Abschaffung der Armee daran, wie der Ausspruch «die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee» im Ausland immer wieder Bewunderung auslöse und die Verbundenheit von Volk und Armee dokumentiere. Um die militärische Denkweise zu stärken, entstand schon in den Sechzigerjahren die «Konzeption der Gesamtverteidigung». Diese blieb laut Historiker Bernhard Degen tief im Denken des Zweiten Weltkrieges verhaftet. Wir seien alle im totalen Krieg, berichtete ETH-Professor Karl Schmid anno 1960. Der Umstand, dass der Krieg nur an kleinen Fronten aufflackere, sei kein Indiz für Friede. Denn der Osten wolle uns nur im Glauben trügerischer Sicherheit einlullen. Der verdeckte Krieg verlange jedoch ein totales militärisches Denken, das auch die

wirtschaftliche und psychologische Front einbeziehe. Dem totalen Krieg sei die totale Landesverteidigung entgegen zu halten.

Die totale Landesverteidigung

Ende 1964 liess der Bundesrat den abtretenden Generalstabchef Jakob Annasohn prüfen, wie sich die totale Landesverteidigung herbeiführen und koordinieren lasse. Annasohn verwies in seinem Bericht auf das Potenzial der Massenvernichtungswaffen und regte an, mehr auf die politische, wirtschaftliche, psychologische, elektronische und subversive Ebene auszuweichen. Der totale Krieg müsse die Zivilbevölkerung und das ganze Land einbeziehen. Wichtig seien der Staatsschutz, die psychologische Landesverteidigung, das Informationswesen, die soziale Sicherung sowie zentrale Verwaltungsaufgaben.

Bernard Degen führt als Beispiel der Hysterie das Zivilverteidigungsbuch an, das Oberst Albert Bachmann und Georges Grosjean, von Professoren unterstützt, verfassten. Im Impressum des Handbuchs finden sich ebenfalls prominente Sozialdemokraten sowie die Präsidenten des Schweizerischen Schriftsteller-Verbandes und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sämtliche Haushalte erhielten das Buch, das darstellt, wie der Friede den Krieg tarne. Wachsam gelte es Intellektuelle und all jene ins Visier zu nehmen, welche die Wehrkraft schwächen. Die Fichierung bestimmter

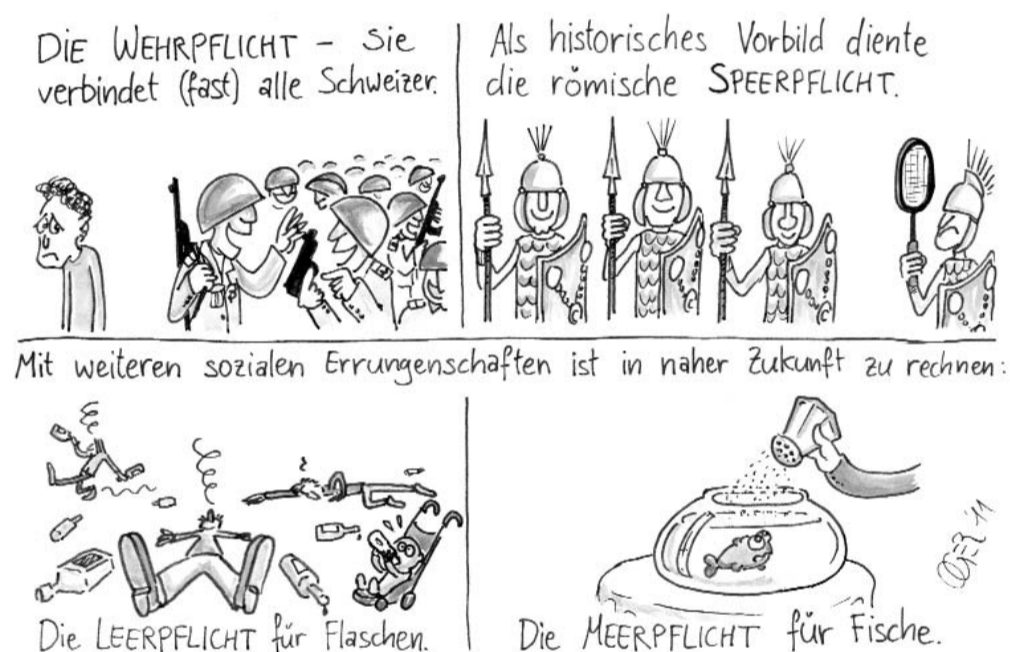
Personen wurde massiv ausgebaut. Die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» setzte sich in diesem Klima dem Vorwurf des Landesverrats aus.

Die Entmilitarisierung beginnt

Nachhaltig wirkte laut Bernard Degen für das Entmilitarisieren das Aufarbeiten der schweizerischen Neutralitätspolitik während dem Zweiten Weltkrieg und die Internationalisierung der Wirtschaft. Sie schuf Distanz zur militärischen Elite. Im Zivilleben überlagerten Werte wie individuelle Entfaltung, Autonomie und Mitbestimmung die militärische Disziplin. Unternehmen monierten das Verschwenden

menschlicher Ressourcen in der Armee und im bürokratisierten Zivilschutz. 1998 hob der Bundesrat die Zentralstelle für Gesamtverteidigung auf. Am Ende des Kalten Krieges zählte die Armee noch 800'000 Soldaten, heute 200'000. Die Schweiz soll nun mehr für die soziale Sicherheit und den Frieden tun. Ein wirksamer Ansatz besteht darin, soziale Gegensätze bei den Löhnen und Vermögen abzubauen, die viele Menschen verunsichern und dazu veranlassen, Halt in autoritären und populistischen Strömungen zu suchen.

Ueli Mäder ist Professor für Soziologie an der Universität Basel und der Hochschule für Soziale Arbeit. Er leitet das Institut für Soziologie und das Nachdiplomstudium in Konfliktanalysen und Konfliktbewältigung.



ORIENTIERUNGSTAG UND ZIVILDienst

Obligatorische Militärpropaganda

Die Existenz der Wehrpflicht verschafft der Armee und dem militärischen Denken einen direkten Zugang zu den männlichen Jugendlichen der Schweiz. Ein Beispiel für den häufig unterschätzten Einfluss des militärischen Zwangs ist der Orientierungstag. Von Adi Feller

Er erscheint gewöhnlich und unspektakulär und doch ist er ein Herzstück militärischer Propaganda: Der Orientierungstag. Alle Jugendlichen eines Jahrgangs erhalten im Alter von 18 Jahren einen Brief, mit dem die Behörden sie zu einem obligatorischen Orientierungstag aufbieten. An diesen kantonal organisierten Tagen werden die jungen Männer und die allenfalls interessierten Frauen über den Militärdienst «orientiert». Das VBS zeigt teuer produzierte Propagandafilme und Bilder von lächelnden jungen Frauen und Männern in Uniform. Flugzeuge, Panzer und Explosionen erinnern an einen Actionfilm und haben mit dem realen Militärdienst wenig zu tun. Es werden auch Bilder von Naturkatastrophen in der Schweiz präsentiert auf denen Soldaten eifrig Schutt

wegräumen und die Bevölkerung unterstützen, obwohl die Armee für solche Aufgaben in den letzten beiden Jahren nur 1000 Dienstage von total 12'650'000 aufwendete. Die Armeeangehörigen passen sich der Hochglanz-Propaganda auch selber an: Die anwesenden hochrangigen Militärs geben sich umgänglich und kollegial. Geschrei und sinnlose Befehle sparen sie für die Rekrutenschule auf. Meist wird auch der Zivilschutz kurz erklärt, und wenn man Glück hat, gibt es sogar einige knappe Worte über den Zivildienst, je nach Lust und Laune der zuständigen Militärs.

Zivildienst: Kein Thema

Dass es neben dem Militärdienst auch andere Möglichkeiten gibt, die Dienstpflicht zu erfüllen, interessiert die Militärs nicht. So bleibt es den Zivildienstwilligen selbst überlassen, sich darüber zu informieren, wie sie weiter vorgehen müssen. Viele junge Menschen wissen vor Beginn der RS noch nicht, was mit dem Militärdienst auf sie zukommt. Die Armee versucht mit der Propaganda-Show ein verklärtes Bild des Militärdienstes zu verstärken. Die Unvereinbarkeit des eigenen Lebens und Gewissens

mit der Militärdienstpflicht wird häufig erst im Verlauf des Militärdienstes erkannt.

Anfang April hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates eine parlamentarische Initiative angenommen, welche die Möglichkeit, in den Zivildienst zu wechseln auf die Zeit vor der Rekrutierung beschränken will. Sollte das Parlament diese Initiative in der Sicherheitspolitischenkommission des Ständerats annehmen, bedeutet dies einen Rückfall in die Zivildienst-Steinzeit. Das Recht, jederzeit ein Zivildienstgesuch zu stellen, existiert seit Einführung des Zivildienstes im Jahre 1992. Einmal mehr muss daran erinnert werden, dass die Schweiz das zweitletzte Land Europas (vor Weissrussland) war, das erst nach jahrzehntelangem Kampf einen Zivildienst eingeführt hat. Es ist deshalb äusserst wichtig, den jungen Dienstpflichtigen die Möglichkeit eines Zivildienstgesuches während der gesamten Militärdienstpflicht offen zu lassen. Sonst stehen wir wieder da, wo wir vor der Einführung des Zivildienstes standen: Entweder verweigert man oder sucht den Ausweg über den «blauen Weg».

ERKLÄRUNGSVERSUCHE

Opfer des eigenen Erfolgs

Die Waffenschutz-Initiative wurde unter anderem deshalb abgelehnt, weil viele ihrer Forderungen bereits umgesetzt waren.

Beunruhigend ist die Rolle, die das Geld bei dieser Abstimmung gespielt hat.

Von Adi Feller

Die GSoA hat sich im Abstimmungskampf um die Waffeninitiative medial bewusst zurückgehalten, im Hintergrund aber wichtige Arbeit geleistet. Dennoch hat es einmal mehr nicht gereicht. Viele von uns waren nach der Abstimmung niedergeschlagen: Wenn die Schweizer Stimmbevölkerung nicht einmal einer so

logischen und breit unterstützten Forderung zustimmt, wie soll die fortschrittliche, solidarische Schweiz jemals Erfolg haben? Deshalb bemühten wir uns besonders stark um eine ausführliche Auswertung.

Diverse Forderungen der Initiative waren im Vorfeld bereits umgesetzt worden: Dank dem Schengenabkommen wurden bereits vor der Abstimmung Waffenregister eingeführt. Auch wenn de facto viele Waffen darin noch nicht registriert sind, konnten die Bürgerlichen damit diese Forderung als erfüllt bezeichnen. Zusätzlich ermöglichte das Parlament die freiwillige Hinterlegung der Armeewaffe im Zeughaus.

Diese Massnahme hat zwar in der Praxis wenig Auswirkungen, beseitigte jedoch einen der absurdesten Aspekte der geltenden Gesetzgebung. Wichtiger als die Hinterlegung durch die SoldatInnen selber ist die Errungenschaft, dass Angehörige und ÄrztInnen den Einzug der Waffe erwirken können. Eine weitere Konzession der Bürgerlichen, um der Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen, war der Einzug der Taschenmunition. Obwohl nur die Annahme der Initiative zu einer massiven Reduktion der Affekthandlungen geführt hätte, können wahrscheinlich einige Leben gerettet werden, wenn nicht mehr jeder Wehrpflichtige seine Taschenmunition zuhause lagert. Alleine um diese Menschenleben zu retten, hat sich die Initiative bereits gelohnt.

Stadt vs. Land

Dass es im Abstimmungsergebnis einen grossen Unterschied zwischen den urbanen Zentren und ländlichen Regionen gab, ist offensichtlich. Kein Zweifel, in der Zentral- oder der Ostschweiz, im Berner Oberland oder am Jura-südfuss stimmen die Menschen traditionell konservativer, und die Schützenvereine sind dort noch weitaus stärker verwurzelt als in Basel oder Genf. Ausserdem sind die unterstützenden Organisationen dort viel weniger stark vertreten, was in einigen Gegenden dazu führte, dass die BefürworterInnen fast unsichtbar waren. In ländlichen Gegenden ist der Anteil der jungen Männer, die ihre Militärpflicht leisten, höher als in urbanen Regionen, was sicher ebenfalls einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten hatte (siehe Artikel «Mehr Waffenschutz ohne Wehrpflicht» auf dieser Seite).



Eine von vielen Aktionen während der Abstimmungskampagne

Geld regiert die Welt

Die Entwicklung der Umfrageresultate in den Monaten vor der Abstimmung lässt jedoch noch eine weitere Vermutung zu: Der Ja-Anteil sank genau in jenem Moment ab, in dem die Waffenlobby mit ihrer millionenschweren Werbekampagne startete. Die SVP und in ihrem Schlepptau die Schützenvereine konnten die Debatte zu einer Diskussion um Selbstverteidigung und gewalttätige AusländerInnen verdrehen. Besonders bei den Unentschlossenen auf dem Land entfalteten die Plakate und Inserate ihre Wirkung. Mit einem Budget, das etwa massiv kleiner war, konnten die BefürworterInnen dem nichts entgegenhalten.

Es wäre spannend gewesen, wie das Resultat ausgesehen hätte, wenn die Mittel umgekehrt verteilt gewesen wären und wir in jedem Dorf und jedem Regionalblatt unsere Werbung hätten platzieren können. Solange das politische System aber so ist wie heute, wissen wir nicht, welche Auswirkungen die unfaire Verteilung der finanziellen Möglichkeiten tatsächlich haben.

INSERAT

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

59

Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodolliet, A. Sancar, C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro, K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris/K. Rieder, T. Schaffroth, F. O. Wolf, M. Bojadzjev et al.

Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsinitiative und Folgen
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen
M. Wendl: Traditionssozialismus und Streitkultur
H. Schäppi: Venezuela und Desinformationspolitik

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

TRADITIONALISTISCHE WELTBILDER

Mehr Waffenschutz ohne Wehrpflicht

Ein entscheidender Grund für die Ablehnung der Waffenschutzinitiative war die in der bürgerlich-traditionalistischen Bevölkerung verankerte Überzeugung, dass Waffe, Soldat und Schweizerbürger eine unzertrennliche Einheit bilden. Der Ursprung dieser Überzeugung liegt in der Wehrpflicht. Wäre sie aufgehoben, wäre auch die Abstimmung über die Waffenschutzinitiative anders verlaufen.

Von Martin Parpan

Früher galt im Kanton Appenzell der mitgebrachte Säbel als eine Art Stimmrechtsausweis bei der Landsgemeinde. Nach alter Tradition war nur der wehrfähige und wehrpflichtige Mann stimmberechtigt. Diese direkte Verbindung von Waffe und Bürgerrecht gibt es heute glücklicherweise nicht mehr. Die Argumente der GegnerInnen im Abstimmungskampf haben aber gezeigt, dass das Selbstverständnis, wonach ein unbewaffneter Mann kein ehrhafter Schweizerbürger sei, in bürgerlich-traditionalistischen Schichten nach wie vor stark verankert ist. So wurde im Abstimmungskampf immer

wieder argumentiert, dass der rechtschaffene Bürger durch die «Entwaffnung» entmündigt, unter Generalverdacht gestellt und kriminalisiert werde. Ganze Staatstheorien wurden mit der Bewaffnung der Schweizer Bürger begründet, so hiess es, der Schweizer Staat sei gefährdet, wenn die Waffen zentral gelagert würden. Bundesrat Ueli Maurer argumentierte, dass es einen Widerspruch darstelle, vom Milizsoldaten zu verlangen, dass er mit seinem Leben für dieses Land eintreten müsse, ihm jedoch die Waffe nicht anzuvertrauen. Die Bewaffnung des Bürgers wurde zum Sinnbild des wehr- und ehrhaften Schweizers gemacht, die Aufbewahrung der Waffe zur Schicksalsfrage der Schweiz hochstilisiert.

Wehrpflicht als Bindeglied

Das Bindeglied, das die pathetische Verknüpfung von Waffe, Milizsoldat und Schweizer Bürgerrecht möglich macht, ist die Wehrpflicht. Wäre die Wehrpflicht und damit auch das Massenheer aufgehoben, dann wäre die Armee ein Dienstleistungsbetrieb mit Staatsanstellungen, dessen Daseinsberechtigung stärker

denn je anhand von sachlichen Kosten-/Nutzen-Kriterien beurteilt werden müsste. Ohne Wehrpflicht wäre der Schweizer nicht mehr bewaffneter Miliz-Soldat, sondern Staatsbürger ohne jegliche Pflichten der Armee gegenüber. Zwangsläufig würde die Armee auch in traditionalistisch-bürgerlichen Schichten viel von ihrer Symbolkraft als Schweizer Wert verlieren. Der Abstimmungskampf zur Wehrpflichtinitiative wird also noch stärker als die vergangene Auseinandersetzung von einem emotionalen Kampf um Werte, Traditionen und Identität geprägt sein. Denn eine breite Diskussion tut not.

Fazit: Das Beispiel der Waffenschutzinitiative zeigt, dass die Aufhebung der Wehrpflicht nicht nur auf der sachlogischen Ebene eine Notwendigkeit darstellt. Sie würde auch dazu führen, dass die Verteidigungsreflexe der traditionalistisch-konservativen Schichten nicht mehr so einfach aktiviert werden könnten wie heute. Der Kultur dieses Landes würde dies zweifellos sehr gut anstehen. Der Waffenschutzinitiative hätte es vielleicht zum Sieg gereicht.

«Erschossen werden ist weniger qualvoll»

(aw) Die GegnerInnen der Waffeninitiative boten in Interviews und LeserInnenbriefen immer wieder Grund zum Kopfschütteln und Stirnrunzeln. Zum Thema häusliche Gewalt mit Sturmgewehren meinte Verteidigungsminister Ueli Maurer beispielsweise: «Heute quittieren viele Männer den Dienst, bevor sie 30 Jahre alt sind. Die meisten von ihnen sind dann noch nicht verheiratet. Von daher stellt sich das Problem immer weniger.» Noch einen Schritt weiter ging ein Leserbrief in der Zürichsee-Zeitung: «Andere Länder haben schon die Erfahrung gemacht, dass bei einem Waffenverbot die Morde an Ehefrauen durch Erwürgen in die Höhe schnellten. Erschossen werden ist weniger qualvoll.» In LeserInnenbriefen wurde die GSoA als «Steigbügelhalter für den Weltkommunismus», als «Möchtegerne-EU-Anhänger», als «kranke 68er mit kranken Ideen» und «verantwortungslose Lottergesellschaft» tituliert. Wir können mit diesen Schmähungen leben. Denn in zwanzig Jahren wird die Schweizer Bevölkerung auf diese Abstimmung mit demselben Unverständnis zurückschauen, mit dem sie heute auf die anfängliche Ablehnung des Frauenstimmrechts, der AHV oder des Uno-Beitritts zurückblickt.

Eine Sammlung tragikomischer LeserInnenbriefe von Waffennarren findet sich hier: www.gsoa.ch/spinner

Die Tradition der Ostermärsche

(nr) Der erste Ostermarsch fand 1958 in London statt. Unter dem Motto «Ban the bomb» (Verbietet die Atombombe), demonstrierten FriedensaktivistInnen gegen die atomare Aufrüstung. Aus der ersten Demonstration in Grossbritannien entwickelte sich eine Tradition, die seit nunmehr über fünfzig Jahre zigtausende Menschen weltweit an Ostern auf die Strasse zieht, um für eine friedlichere und gerechtere Welt zu protestieren.

In Bern fand nach einem Unterbruch erstmals 2003 wieder ein Ostermarsch statt – als Folge des Irakkrieges. Zusammen mit kirchlichen und pazifistischen Organisationen gehört die GSoA auch dieses Jahr zum Trägerkomitee. Der neunte Ostermarsch wird unter dem Motto «Ins Leben investieren statt von Zerstörung profitieren – Entmilitarisierung weltweit» stattfinden. Täglich hören wir von Kriegen und Konflikten in der ganzen Welt. Wir leben in Zeiten, in denen die Schaffung widerständiger, friedvoller Traditionen aktueller denn je sind.

NUKLEARTECHNOLOGIE

Fukushima und die Atombombe

Seit den tragischen Ereignissen in Fukushima ist die Atomkraft in aller Munde. Von Atomwaffen ist weniger die Rede – zu unrecht. Von Renate Zauner*

Zwischen der sogenannten «friedlichen» Nutzung der Atomenergie und Atombomben besteht eine enge Verbindung – auf technischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene. Sie wird von Atomkonzernen und -politikerInnen systematisch geleugnet und heruntergespielt.

Allein die folgenden Zahlen (aus dem Jahr 2007) geben Anlass zur Sorge:

- 4 der 6 Länder mit den meisten AKWs besitzen auch Atombomben.
- Mehr als die Hälfte (55 Prozent) aller AKWs stehen in Ländern, die Atombomben besitzen.
- Die 6 Staaten mit den meisten AKWs besitzen 97% aller Atom-Sprengköpfe weltweit.

Die Geschichte zeigt ausserdem deutlich, dass die Förderung der Atomenergie von vielen Ländern genutzt wurde, um heimlich Atomwaffenprogramme zu betreiben. Zu den Staaten, die sich in jüngster Zeit über die «friedliche»

Atomenergieerzeugung erfolgreich ein eigenes Atomwaffenprogramm aufgebaut haben, gehören Indien und Pakistan. Auch hinter dem gefährlichen Traum von der so genannten «friedlichen» Nutzung der Atomenergie in der Schweiz stand ursprünglich der Wunsch nach eigenen Atomwaffen.

Auf technischer Ebene bestehen vorallem bei zwei Punkten Verbindungen zwischen AKWs und Atombomben: Erstens verwenden beide dieselben Uranaufbereitungsanlagen. Zweitens produzieren AKWs Plutonium, welches für Atombomben verwendet werden kann.

Enge Verbindung

Plutonium wird in Wiederaufbereitungsanlagen abgetrennt. Diese wurden ursprünglich allein zur Produktion von waffenfähigem Plutonium gebaut. Heute werden sie von der Atomlobby damit beworben, dass dort «Recycling» betrieben werde – für sogenannte «Mox-Brennelemente», die Plutonium enthalten. Solche Brennstäbe sind um einiges gefährlicher als reine Uranbrennstäbe und verschärfen derzeit die Katastrophe in Fukushima.

Auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sind AKWs und Atomwaffen eng verquickt.

So ist die IAEA (Internationale Atomenergieorganisation) sowohl für die Kontrolle von Atomsprengstoff, als auch für den Brennstoffkreislauf ziviler Reaktoren zuständig. Das Atomwaffenland Frankreich betreibt aktives Lobbying für die Verbreitung der Atomenergie. Dabei ist der französische Atomkonzern AREVA von zentraler Bedeutung: Er arbeitet im gesamten Atombereich – von der Wartung der Atombomben bis zur Uranbrennstoff-Lieferung. Auch die Komplexität des Welturanhandels – auf die ja sogar die Axpo verwies, als sie sich dafür rechtfertigte, dass sie so lange keine Auskunft über die Herkunft ihres Brennstoffes geben konnte – vereinfacht den Zugang zu waffenfähigem Uran und damit zu Atomwaffen.

Insgesamt sind die Überschneidungen zwischen AKWs und Atombomben vielschichtig. Eines ist klar: Wer keine Atombomben will, steigt aus der Atomenergie aus – und zwar am Besten sofort.

*Renate Zauner möchte ihrer Mit- und Nachwelt weder AKWs noch Atombomben zumuten und versucht darum Gewaltfreiheit aktiv umzusetzen und zu fördern.

OSTERMARSCH

«Wird dir die Türe zugeschlagen, gehst du zum Fenster rein»

Auch dieses Jahr findet in Bern der Ostermarsch statt. Eine breite Trägerschaft ruft unter dem Motto «Ins Leben investieren statt von Zerstörung profitieren! – Entmilitarisierung weltweit» zur Demonstration am Ostermontag auf. Wie sieht es aus mit der Militarisierung der Welt?

Stefan Dietiker sprach mit Hans Ulrich John Gerber vom Forum für Friedenserziehung.

Wieso ist es gerade heute wichtig, für die Entmilitarisierung der Welt auf die Strasse zu gehen?

Militarisierung ist auch heute noch ein enormes Problem. Die Militärausgaben sind weltweit zwischen 2000 und 2009 um 50 Prozent gestiegen. Die USA wird 2011 ihre Militärausgaben abermals um 6 Prozent erhöhen, während die Sozialausgaben ihren tiefsten Punkt seit der Eisenhower-Ära erreicht haben. Wir müssen auf die Strasse gehen und sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir wollen nicht, dass unsere Länder an der Aufrüstung der Welt mitverdienen. Es ist auch ein Ausdruck der Solidarität mit den Leuten in Ägypten, Libyen, Bahrain und anderen Orten, wenn wir am Ostermarsch auf die Strasse gehen.

Was für ein Zusammenhang besteht zwischen den Militärausgaben hier und den Ereignissen in den arabischen Ländern?

Es sind ja unsere Länder, die sagen, dass Freiheit und Demokratie in der Welt gefördert werden müssen. Gleichzeitig untergaben wir diese Bestrebungen aber mit den Rüstungsgütern, die wir produzieren und an diese Regimes ver-

kaufen. Wir finanzieren unsere Arbeitsplätze mit der Zerstörung im Süden. Bis jetzt konnten wir das noch von uns fernhalten, aber irgendwann schliesst sich der Kreis. Der Zusammenhang zwischen den Militärausgaben und der Armut weltweit ist vielen Menschen nicht bewusst. Man weiss, dass man mit einem Fünftel der weltweiten Militärausgaben die Millenniumsziele der UNO erfüllen könnte. Die Armut hängt eben auch von den Budgetprioritäten eines Landes und der internationalen Gemeinschaft ab.

Was heisst das für ein Land, wenn das Geld für die Gesellschaft fehlt?

In vielen Ländern besteht eine Disproportion zwischen Militärausgaben und Sozialausgaben. Gerechtfertigt wird dies mit der Stabilität. Rüstungsausgaben werden für die sogenannte Sicherheit und Stabilität eingesetzt, aber das ist eine Stabilität, die effektiv die Bildung einer Zivilgesellschaft behindert.

Welche Sicherheit braucht eine zivile Gesellschaft?

Eine zivile Gesellschaft hat nur eine Überlebenschance: möglichst wenig Waffen. Die Gesellschaft – weltweit gesehen – wird ja nicht von irgendeinem Ort bedroht, die grösste Bedrohung geht von ihr selber aus. In einer demokratisierten und zivilen Gesellschaft, in der Mitspracherechte und Gleichheit gelten, können Waffen nicht mehr funktionieren. Ungerechtigkeiten können nie durch Waffen aufgehoben werden. Sie werden höchstens durch Waffen vergrössert.

Was sind deine Forderungen am Ostermarsch?

Es muss ein Paradigmenwechsel stattfinden. In den Köpfen der Menschen, in der Politik und in der Wirtschaft. Das können wir durch zwei Schritte erreichen: Erstens sollen sich die Menschen über diese Missverhältnisse und Zusammenhänge informieren. Die zweite Forderung ist, sie sollen sich organisieren. So können wir Druck ausüben auf die Politik und unsere Regierung, die dann handeln muss. Es braucht Leute, die lärmern, die sich unbequem und unbeliebt machen, damit es in das Bewusstsein gelangt. Es ist wichtig zu verstehen, dass auch die Schweiz eine Rolle spielt in der Militarisierung der Welt.

Das ist aber ein langer Prozess?

Der Mythos des Militärs hält sich solange, wie man ihn nicht in Frage stellt. Es braucht sehr viele Leute und verschiedene Ansätze für den Wechsel. Das war in der Friedensbewegung und beim Pazifismus schon immer so. Wird dir die Türe zugeschlagen, gehst du zum Fenster rein.

Hans Ulrich John Gerber ist seit Juli 2010 Geschäftsführer beim Forum für Friedenserziehung. Hans Ulrichs Themen sind Gewaltprävention, Friedentheologie und Theologie der Gewaltfreiheit.



Hans Ulrich John Gerber

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Schweizer Waffen im Einsatz gegen Demokratiebewegungen im Nahen Osten

Die westlichen Länder geben einmal mehr vor, Diktaturen zu bekämpfen und der Demokratie zu ihrem Recht zu verhelfen. Nur haben sie diese Diktaturen selber aufgebaut, aufgerüstet und am Leben erhalten. Das betrifft auch die Schweiz.
Von Rahel Ruch

In vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas brodelt es. Es formieren sich pluralistische Demokratiebewegungen, deren grosses Ziel ein Machtwechsel ist. Die Menschen wollen weg von den diktatorischen Regimes, hin zu einer freien, demokratischen Gesellschaft. Während es in einigen Staaten gelingt, auf einigermaßen friedlichem Weg einen Regimewechsel herbeizuführen, werden die RegierungskritikerInnen in anderen Ländern mit brutaler Waffengewalt bekämpft, bürgerkriegsartige Zustände sind die Folge. Im Falle von Libyen hat sich der Westen beflissen gefühlt, einzugreifen. Die sehr breit gefasste Uno-Resolution erlaubt dabei vieles. Frankreich, Grossbritannien und, wenn auch etwas verhalten, die USA, hissen einmal mehr die Flagge der BefreierInnen und greifen das Land im Namen der Menschenrechte und der Demokratie an. Die Welt applaudiert, wer sich kritisch äussert, der hat mit dem Vorwurf zu kämpfen, er wolle ein Massaker geschehen lassen.

«Wir können doch nicht einfach zusehen»

Die gleichen Staaten, die diesen Satz zum Credo machten, schauten jahrzehntlang nicht nur zu, sondern rüsteten das Ghadhafi-Regime auf. Auch die Schweiz gehört zu diesen Ländern. Schweizer Firmen rüsteten den Ölstaat während vier Jahrzehnten auf: Unterstützung bei der Entwicklung und Produktion von Giftgas und der versuchten Entwicklung von Atomwaffen sowie die Lieferung von Kriegsmaterial, insbesondere Munition, gehörten dazu. Bereits 1973; nur drei Jahre nach der Machtergreifung durch Ghadhafi, lieferte Italien ein Kriegsschiff nach Libyen. Bestückt war es mit Geschützen der Schweizer Firma Oerlikon Contraves (heute Rheinmetall Air Defence).

Auch weitere Regierungen, die zur Zeit die Demokratiebewegungen im eigenen Land niederschlagen, kämpfen mit Schweizer Waffen. Die helvetischen Waffenschmieden haben in den letzten zehn Jahren Kriegsmaterial für fast 500 Millionen Franken in die Region exportiert. Zu den grössten Abnehmern gehören Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Jetzt kommen die Waffen zum Einsatz: Schützenpanzer der Schweizer Firma Mowag (General Dynamics European Land Systems), welche die Schweiz den Saudis geliefert hat, stehen beispielsweise

in Bahrain bereit, um die Opposition blutig niederzuschlagen.

Einmal mehr wird klar, dass für die Schweiz der Profit der Rüstungsfirmen über dem Einsatz für Menschenrechte und Demokratie steht. Armeechef André Blattmann befand sich zu Beginn der Konflikte im arabischen Raum an der Rüstungsmesse IDEX in Dubai (VAE). Der Bundesrat begründete diese Teilnahme folgendermassen: «Wenn die Ruag im internationalen Wettbewerb bestehen und so eine längerfristig tragfähige Geschäftsbasis

erhalten will, ist sie wie alle Rüstungs- und Technologieunternehmen auf den Zugang zum Weltmarkt angewiesen. Dazu gehört auch der arabische Raum.» Selbst die NZZ kommentierte dies lakonisch: «Die seit einigen Monaten im Scheinwerferlicht stehenden Länder Nordafrikas sowie die Nahostregion sind zu interessanten Absatzmärkten für die Waffenhändler geworden. Dank Einnahmen aus der Erdölindustrie und zunehmenden regionalen Spannungen hat die Nachfrage kräftig zugenommen.»

Indien: Weiterer Verstoss gegen die Kriegsmaterialverordnung

(mb) Im vergangenen Jahr wurde eine paramilitärische Einheit in Indien, die BSF, von der Schweiz mit Granatwerfern und Sturmgewehren beliefert. Diese Einheit ist für den Tod mehrerer hundert Zivilisten an der Grenze Indiens zu Bangladesch verantwortlich. Ein solches Geschäft verstösst klar gegen die schweizerische Kriegsmaterialverordnung. Diese untersagt der Schweiz Waffenlieferungen an Länder, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden, oder die systematisch Menschenrechte verletzen. Für Indien gilt beides. Zudem befindet sich laut Medienberichten die Schweizer Rüstungsfirma Pilatus gegenwärtig im Rennen um einen Auftrag, 75 Flugzeuge des Typs PC-7 an die indische Luftwaffe zu verkaufen. Insgesamt soll der Auftrag eine Milliarde US-Dollar einbringen. Für die Schweiz gilt offenbar, dass die Profite der Rüstungsindustrie höher gewichtet werden als die eigenen aussenpolitischen Zielen und Gesetze.

INSERAT

ICP

Institute for Conflict
Transformation and Peacebuilding

ICP Kursprogramm 2011

Weiterbildungsangebot in Konfliktbearbeitung

Auch 2011 bietet das ICP wieder eine Reihe von Kursen im Bereich der Konflikttransformation und Friedensentwicklung an. Dafür arbeiten wir mit renommierten Experten und Expertinnen zusammen.

Konfliktbearbeitung erhält im Zeitalter der Globalisierung eine immer wichtigere Bedeutung. Unsere Weiterbildungen befähigen die Teilnehmenden komplexe Konfliktkonstellationen zu analysieren sowie Optionen für eine kreative und konstruktive Bearbeitung von Konflikten zu entwickeln.

Ausbildungskurs in Dialogprozess-Begleitung

Start: September 2011 - März 2012, Dauer: 13 Kurstage, Kosten: CHF 5'300.-, Kursort: Bern

Basisausbildung Therapie Sociale nach Charles Rojzman

Start: August 2011 - Mai 2012, Dauer: 25 Kurstage, Kosten: CHF 5'900.-, Kursorte: Bern/Lausanne

Training in Konfliktbearbeitung und Dialogförderung

Start: Mai und September 2011, Dauer: 6 Kurstage, Kosten: CHF 1'900.- (bei Anmeldung vor dem 31.03.2011), Kursort: Bern

CAS Die Kunst der Konfliktbearbeitung (anerkannter Mediationslehrgang in CH/D/AT)

Start: Oktober 2011 - März 2013, Dauer: 30 Kurstage, Kosten: CHF 7'800.-, Kursort: Bern

4. Internationale Sommerakademie "Frieden managen? Projektmanagement und Evaluation in der Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit"

Dauer: 18. - 22. Juli 2011, Kosten: ca. CHF 600 - 1'200.- (unverbindlich), Kursort: Caux (bei Montreux)

1. Azerbaijan Summer School "Transition from Conflict to Peace and Non-Violence"

Dauer: 1. - 24. Juni 2011, Kosten: Teilnehmende aus OECD-Ländern USD 2'200 (inkl. Kost und Logis) / Teilnehmende aus nicht-OECD-Ländern USD 500 (exkl. Kost und Logis), Kursort: Baku

Detaillierte Informationen auf www.institut-icp.ch, per E-Mail info@iicp.ch oder Telefon +41 (0)33 533 31 12

Das Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung Schweiz bietet Leistungen in den Bereichen Konfliktbearbeitung und -beratung, Training und Schulung, Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Forschung und Lehre.

Weitere Informationen / More Information: www.iicp.ch

ICP Schweiz, Neuengasse 8, CH-3011 Bern, Schweiz.

STREUMUNITION

Wie entsorgt man 652 Millionen Franken?

Die Streubombenkonvention ist ein Meilenstein für das humanitäre Völkerrecht. Bevor die Schweiz beitreten kann, müssen die Behörden aber noch klären, wie sie die Kanistermunition der Schweizer Armee entsorgen können. Denn erst vor wenigen Jahren hat die Armee hunderte Millionen für solche Waffen ausgegeben.

Von Adi Feller

Die Konventionen zur Ächtung von Personenminen und von Streumunition gehören zu den grössten Errungenschaften der Friedensbewegung der letzten Jahre. Diese besonders heimtückischen Waffen treffen vor allem die Zivilbevölkerung und können ganze Landstriche für Jahrzehnte unbewohnbar machen. Die Konflikte in Laos, im ehemaligen Jugoslawien und kürzlich im Libanon sind besonders gravierende Beispiele für die Folgen von Streumunition.

Entsorgungsprobleme

Auch die Schweiz möchte der Dubliner Streubombenkonvention, die am 1. August 2010 in Kraft getreten ist, beitreten. Bevor das möglich ist, muss jedoch noch eine Frage geklärt werden: Wohin mit den zehntausenden Granaten der Schweizer Armee, die unter das Verbot fallen? Zwischen 1999 und 2004 hatte das Militär Munition für Minenwerfer, Festungsgeschütze und Panzerhaubitzen im Wert von 652 Millionen Franken beim israelischen Rüs-

tungskonzern Israel Military Industries (IMI) beschafft. Kaum inventarisiert, werden diese Geschosse nun bereits wieder ausgemustert.

Das ist keine einfache Herausforderung: Die Geschosse enthalten mehrere Millionen sogenannte «Bomblets», die einzeln entschärft und zerlegt werden müssen. Das VBS schätzt die dafür anfallenden Kosten auf 25 bis 60 Millionen Franken. Wenn die Vernichtung der Munition in der Schweiz geschehen würde, müsste zuerst die nötige Infrastruktur geschaffen werden. Bei einer Entsorgung im Ausland wäre es schwierig sicherzustellen, dass die Granaten nicht in falsche Hände gelangen.

Unverantwortliche Armeepanung

Das bürgerlich dominierte Parlament trägt die politische Verantwortung für die völlig nutzlose und kostspielige Beschaffung. Bereits in den Neunzigerjahren war absehbar, dass Streumunition in Zukunft auf internationaler Ebene geächtet würde. Der Kauf der Granaten für mehr als eine halbe Milliarde Franken war deshalb eine mutwillige Verschwendung von Steuergeld. Ganz abgesehen davon: Wenn die Artillerie einst in der Logik der Militärplaner eingesetzt worden wäre, hätten die Festungsgeschütze in Sargans einen beträchtlichen Teil des St. Galler Rheintals zerstört und unbewohnbar gemacht. Aber einen ernsthaften Einsatz der Munition hielten wohl selbst die Armee-strategen für so unwahrscheinlich, dass sie sich darüber keine Gedanken machten.

WIKILEAKS UND OPENLEAKS

Gequälter Bote und dezentralisierte Leaks

Seit Mai 2010 befindet sich der 23-jährige Bradley Manning in Haft, weil er mutmasslich geheime Dokumente an Wikileaks weitergegeben hat, die unter anderem schwere Menschenrechtsverletzungen im Irak belegen. Nun wird ihm selbst eine Behandlung zuteil, die kaum als menschenrechtskonform bezeichnet werden kann. Von Andreas Cassee

Wie die New York Times vom 4. März berichtet, werden Manning über Nacht sämtliche Kleider weggenommen – angeblich um Selbstverletzungen zu verhindern. Wahrscheinlicher ist, dass er damit unter Druck gesetzt wird gegen Julian Assange auszusagen. Ein CIA-Papier aus dem Jahr 2004 bezeichnet erzwungene Nacktheit als geeignetes Mittel, um einen Gefangenen dazu zu bringen, «sein persönliches Wohlbefinden, seine Behaglichkeit und seine unmittelbaren Bedürfnisse höher zu schätzen als die Informationen, die er beschützt». Die Behandlung ist umso erniedrigender, als Manning unter ständiger Video-Überwachung steht. Zynisch mutet vor diesem Hintergrund an, dass ein Sprecher des Gefängnisses der New York Times eine Stellungnahme zu den

Gründen der Massnahme mit dem Argument verweigerte, die Privatsphäre Mannings schützen zu wollen.

Derweil musste der Sprecher von Hillary Clinton zurücktreten, nachdem er Mannings Haftbedingungen als «lächerlich, kontraproduktiv und dumm» bezeichnet hatte. Barack Obama, der einst mit dem Anspruch angetreten war, Guantanamo zu schliessen und die menschenrechtskonforme Behandlung von US-Häftlingen sicherzustellen, belies es bei der Feststellung, das Pentagon habe ihm versichert, dass Manning korrekt behandelt werde.

Die Unverzichtbarkeit von Whistleblowing

Gerade die Kehrtwende Obamas in Sachen Guantanamo zeigt, dass die Durchsetzung der Menschenrechte ohne öffentlichen Druck kaum möglich ist. Und öffentlicher Druck setzt öffentliche Information voraus.

Gerne wird argumentiert, es bestehe ein legitimes Interesse der Staaten, gewisse Informationen geheimzuhalten. Doch diese Geheimhaltung wird gerade auf diejenigen Praktiken angewendet, an denen ein öffentliches Interesse besteht, weil sie die Integrität der Mächtigen

in Frage stellen. Eine institutionelle Kontrolle der Geheimhaltung kann dieses Problem nicht vollständig lösen – deshalb ist Whistleblowing zur Wahrung der Menschenrechte unverzichtbar.

Es ist das Verdienst von Wikileaks, diese Tatsache ins öffentliche Bewusstsein gerufen zu haben. Die Schwäche der Plattform besteht aber in der Konzentration auf die Person von Julian Assange. Das hat nicht (nur) mit seinem persönlichen Verhalten zu tun, sondern mit der zentralistischen Struktur von Wikileaks.

Openleaks: Eine dezentrale Alternative

Umso interessanter ist das Projekt «Openleaks» (www.openleaks.org), das von ehemaligen Wikileaks-Mitarbeitenden ins Leben gerufen wurde und am «Public Eye» in Davos erstmals

vorgelegt wurde. Der Clou der neuen Plattform: Statt wie Wikileaks selbst darüber zu entscheiden, was mit den geleakten Dokumenten geschieht, erfolgt die Entscheidung über eine allfällige Veröffentlichung dezentralisiert. Whistleblower sollen selbst entscheiden, welchem Medium oder welcher Organisation eine Information zugestellt werden soll – Openleaks stellt dafür lediglich eine sichere, anonymisierte Schnittstelle bereit.

Zur Zeit befindet sich Openleaks noch in der Testphase. Längerfristig könnte das Projekt auch für die GSoA interessant sein. Alleine schon das Wissen, dass ihren Mitarbeitenden jederzeit ein sicherer Weg zur Verfügung steht, uns Informationen über schmutzige Geschäfte weiterzugeben, könnte einen massigenden Einfluss auf Rüstungsmanager ausüben.

nEUROn: Killerdrohnen made in Switzerland

(aw) Die unbemannten, schwer bewaffneten Flugzeuge der US-Luftwaffe sind in Afghanistan und Pakistan gefürchtet. Aus dem Nichts treffen sie ihre Ziele – und töten regelmässig auch Dutzende ZivilistInnen.

Seit sechs Jahren entwickelt auch ein Konsortium von europäischen Rüstungsunternehmen eine solche Killierdrohne. An der Pariser Flugmesse wurde das Fluggerät namens «nEUROn» nun zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert. Mitte des kommenden Jahres soll es zum Jungfernflug abheben. Eine der treibenden Kräfte hinter dem Projekt ist die Ruag, die grösste Kriegsmaterialproduzentin der Schweiz. Sie ist verantwortlich für die Aerodynamik und die Aufhängung der Waffensysteme der Drohne. Das VBS hat sich bereits mit mehreren Millionen Franken an den Entwicklungskosten von nEUROn beteiligt.

Immer wieder gab es im Nationalrat Diskussionen, ob die französische Armee plant, nEUROn als Tragsystem für Nuklearsprengköpfe einzusetzen. Das VBS konnte diese Gerüchte nie entkräften. Ebenso wenig konnte das Verteidigungsministerium erklären, warum die Schweiz sich an dem Projekt beteiligt.



Killierdrohne mit Schweizer Beteiligung

SÖLDNERFIRMEN

Was Aegis in Papua-Neuguinea trieb

In den kommenden Monaten wird das Schweizer Parlament über neue gesetzliche Schranken für Söldnerfirmen diskutieren. Eine gute Gelegenheit, um auf eine der vielen Affären rund um «Aegis Defence Services» zurückzublicken. Von Andreas Weibel

Tim Spicer, der Gründer und CEO von Aegis – der Söldnerfirma, die kürzlich ihren Sitz nach Basel verlegte – ist eine schillernde Figur. Der ehemalige Oberstleutnant einer britischen Eliteeinheit gründete bereits 1996 seine erste «Private Sicherheitsfirma»: Sandline International. Schon der erste grosse Auftrag dieser Firma zeigte exemplarisch, welche Probleme die «Renaissance der Söldnerfirmen» verursacht:

Seit Jahrzehnten hatte die rohstoffreiche Insel Bougainville nach mehr Autonomie von Papua-Neuguinea gestrebt. Nachdem politische Vermittlungsversuche scheiterten, beschloss der Ministerpräsident von Papua-Neuguinea, Julian Chan, den Konflikt militärisch anzugehen. Da die offiziellen Streitkräfte des Landes zu einer solchen Aktion nicht in der Lage waren, gelangte Chan an Sandline International. Tim Spicer bot an, die Rebellen in Bougainville mit seinen Söldnern gegen ein Entgelt von 36 Millionen Dollar zu vertreiben. Obwohl der Betrag für den Staat sehr hoch war – unter anderem mussten die Budgets für Gesundheit und Bildung gekürzt werden, um die Operation zu finanzieren – ging Chan auf den Deal ein.

Proteste gegen die Operation

Für den Schlag gegen die Rebellen heuerte Sandline vier ausgemusterte russische Kampf- und Transporthelikopter sowie auch Söldner

der Firma «Executive Outcomes» an. Dieses Unternehmen hatte sich nach dem Ende der Apartheid in Südafrika aus ehemaligen Sondereinsatzkommandos und anderen Schergen der Diktatur gebildet. Bis im März 1997 hatten sich rund achtzig Mitarbeiter von Sandline in der Hauptstadt Port Moresby eingefunden, um die Operation durchzuführen.

Sowohl Premierminister Chan wie auch Spicer hatten jedoch bei ihren Plänen einen Faktor ausser Acht gelassen: Die papuanische Zivilgesellschaft. Nachdem eine australische Zeitung die Vorbereitungen für die Militäroperation aufgedeckt hatte, kam es zu spontanen Protesten in der Hauptstadt. In der Universität und den Armeekasernen wurden Streiks ausgerufen, das öffentliche Leben kam wegen den Protesten zum Erliegen. Schlussendlich entschloss sich die Polizei, ohne das Wissen der Regierung sämtliche Sandline-Söldner über Nacht zu entwaffnen und für einige Zeit festzunehmen. Es folgte eine schwere Regierungskrise und Premierminister Chan musste sich einige Tage später nach seinem Rücktritt aus dem von Protestierenden belagerten Parlament verkleidet davonschleichen.

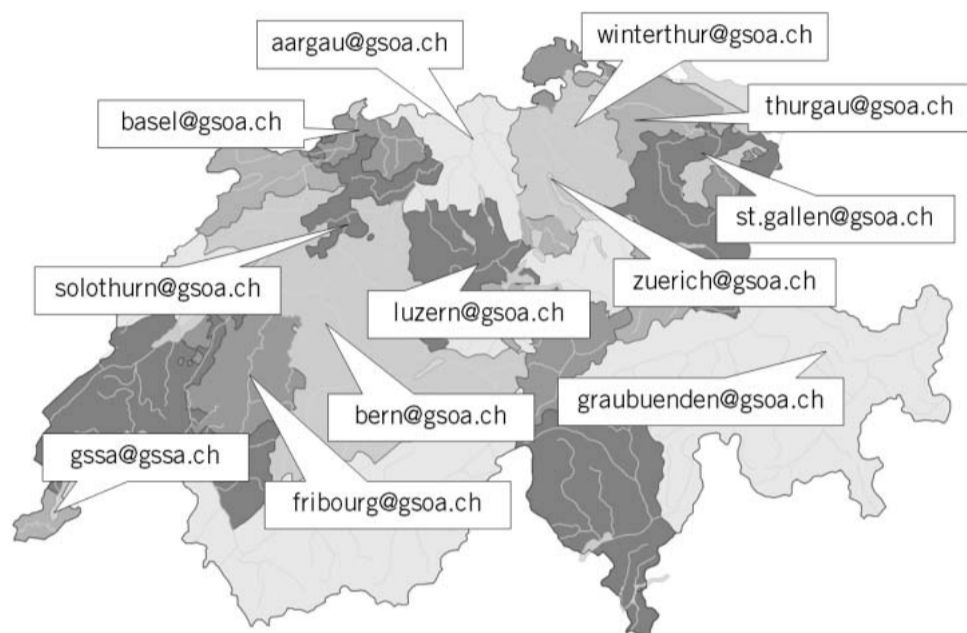
Neue Firma – dieselben Probleme

Unter Chans Nachfolger Bill Skate wurde der Friedensprozess wiederbelebt und im Oktober ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Sandline konnte sich vor Gericht die Zahlung der vollständigen Vertragssumme erstreiten, obwohl die Operation nie stattfand.

In den vergangenen Jahren versuchte sich Tim Spicer mit Aegis Defence Services ein seriöses Image zu erarbeiten. Aber auch über seine jetzige Firma tauchen immer wieder Berichte von Korruption und Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung auf.

Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Im Moment sind wir beispielsweise dringend auf Hilfe Unterschriftensammeln für die Wehrpflichtinitiative angewiesen. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Unterschriften sammeln am 1. Mai-Fest in Zürich

Das internationale Volksfest zum 1. Mai in Zürich zieht jedes Jahr Tausende von Menschen an. Der ideale Ort, um Unterschriften für die Aufhebung der Wehrpflicht zu sammeln! Das Fest findet im Zeughausareal statt und dauert vom 29. April bis am 1. Mai. Wer Zeit und Lust hat, uns in diesem farbenfrohen Ambiente beim Unterschriften sammeln zu helfen, melde sich unter gsoa@gsoa.ch.

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Diesen Februar wurde über die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» abgestimmt und die Unterschriftensammlung für die Aufhebung der Wehrpflicht ist in vollem Gange. Um die Kosten zu decken, die aus diesen Kampagnen entstehen, sind wir auf Deine Spende angewiesen. Mit Deinem Geldbeitrag ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**

GREGOR,

das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel./E-Mail

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Unterschriftenbogen Wehrpflicht-Initiative		kostenlos	
	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Rechnungsbetrag

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Felix Birchler (fb), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad, verantwortlich), Beat Hatz (beh), Lucien Haug (lh), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.